



**Antrag Nr. 15  
der Fraktion ÖAAB/Christliche Gewerkschafter  
an die 169. Vollversammlung  
der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien**

**Wohnkostenbeihilfe bei Präsenz- und Zivildienst**

**Die Vollversammlung der Wiener Arbeiterkammer fordert den Gesetzgeber auf, die Wohnkostenbeihilfe für Präsenz- bzw. Zivildienstler den Lebensrealitäten anzupassen:**

- **In der Bemessungsgrundlage der Wohnkostenbeihilfe ist alternativ zur aktuellen Bemessung die Einkommenssumme der letzten drei Erwerbsmonate heranzuziehen**
- **Die maximale Wohnkostenbeihilfe soll auf 35% der Bemessungsgrundlage erhöht werden**

**Begründung:**

Derzeit wird zur Bemessung der Wohnkostenbeihilfe bei Zivil- und Präsenzdienst laut § 32 Heeresgebührengesetz (HGG) das Einkommen der letzten drei Monate vor der Einberufung herangezogen. Dies kann zu besonderen Härtefällen führen.

Oft erreicht junge Menschen die Zuweisung oder der Einberufungsbefehl während eines befristeten Dienstverhältnisses oder einer Lehre. Zum Zeitpunkt von Einberufung oder Zuweisung ist es sehr schwer, einen neuen Arbeitsplatz zu finden. Als Resultat kommt dazu, dass junge Menschen direkt von der Arbeitslosigkeit in den Zivil- oder den Präsenzdienst gehen. Eines der Resultate ist, dass die Bemessungsgrundlage für die Wohnkostenbeihilfe massiv sinkt. Dem kann Abhilfe geleistet werden, in dem im Falle von Arbeitslosigkeit von Zivildienstern oder Präsenzdienstern die letzten drei Erwerbsmonate als Bemessungsgrundlage herangezogen werden.

Der Anteil am Einkommen, der für Wohnen ausgegeben wird, steigt stetig. Laut einer Erhebung eines Immobilienportals liegt dieser Anteil in Wien bereits bei über 30%. Da davon auszugehen ist, dass dieser Anteil bei Menschen mit niedrigem Einkommen noch größer ist, und außer Streit steht, dass junge Menschen ein geringeres Einkommen haben, steht fest, dass für immer mehr junge Menschen die Wohnkostenbeihilfe nicht mehr die Kosten für den Wohnraum abdeckt. Eine Erhöhung der maximalen Wohnkostenbeihilfe auf 35% der Bemessungsgrundlage soll hier Härtefälle vermeiden. Der Dienst an der Gesellschaft darf nicht dazu führen, dass junge Menschen ihre Wohnung aufgeben müssen.

<b>Angenommen X</b>	Zuweisung <input type="checkbox"/>	Ablehnung <input type="checkbox"/>	Einstimmig <input type="checkbox"/>	Mehrstimmig <input type="checkbox"/>
---------------------	------------------------------------	------------------------------------	-------------------------------------	--------------------------------------